

23. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. September 1951.

337/J

Anfrage

der Abg. Ludwig, Dr. Pittermann und Genossen
an die Bundesregierung,

betreffend Teilnahme der Österreichischen Bundesregierung an den Verhandlungen über Schaffung eines Europapasses.

Die offiziellen Mitteilungen des Europarates vom 1. September 1951 enthalten in der Rubrik "Verschiedene Mitteilungen" unter Punkt 4) folgende Verlautbarung:

"Das Problem der Pässe. - Gemäss den Empfehlungen der Assemblee über Schaffung eines europäischen Passes und gemäss den Ergebnissen der Enquête, die über Ersuchen des Ministerkomitees bei den Regierungen durch den Generalsekretär abgeführt wurde, hat das Ministerkomitee seine Zustimmung zur Einberufung eines Expertenkomitees für die Behandlung dieser Frage erteilt. Das Expertenkomitee wird die Vereinheitlichung der Pässe, die Aufhebung der Visa und die Ausdehnung von Erleichterungen für europäische Reisende zu überprüfen haben. Dieses Expertenkomitee ist für den 2. Oktober 1951 nach Strassburg einberufen worden".

Diese Mitteilung des Europarates ist im allgemeinen und besonders für den Österreichischen Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, falls die oben erwähnte Konferenz stattfindet, mit dem Europarat in Verbindung zu treten und sich an den Verhandlungen über die Schaffung eines Europapasses im Interesse des Österreichischen Fremdenverkehrs zu beteiligen?